

30. Jahrestagung der Österreichischen Lateinamerika-Forschung

AK 2: Zwischen Buen Vivir und neuem Entwicklungsstaat in Lateinamerika: Entwicklungsstrategien für das 21. Jahrhundert

Koordination: Karin Fischer (JKU Linz) und Bernhard Leubolt (WU Wien)

Zwei Entwicklungen am lateinamerikanischen Kontinent erfahren gegenwärtig besondere Beachtung. Erstens haben in einigen Ländern Parteien und PräsidentschaftskandidatInnen des Mitte-Links-Spektrums Wahlen gewonnen und Regierungsverantwortung übernommen. Diese Trendwende wird als Folge eines breiten gesellschaftlichen Widerstands gegen die Auswirkungen neoliberaler Politik interpretiert. Zweitens hat die globale Wirtschaftskrise kaum Spuren am Kontinent hinterlassen. Vielmehr verzeichnen die meisten Länder angesichts boomender Rohstoffpreise hohe Wachstumsraten.

Trotz dieser übergreifenden Tendenzen sind die politischen Verhältnisse und wirtschaftlichen Wachstumsstrategien, die aus dem Legitimitätsverlust des Neoliberalismus und dem Bonanza der Rohstoffexporte entstehen, unterschiedlich. Wie die Einnahmen aus dem Rohstoffsektor verwendet und die neuen politischen Spielräume genützt werden sollen, darin gehen die Positionen der verschiedenen Länder und Akteure auseinander. Während in Bolivien und Ecuador gesellschaftliche Utopien unter dem Begriff des Buen Vivir diskutiert werden, knüpfen Reformvorstellungen in Argentinien oder Brasilien an den Ideen des *Desarrollismo* an, der mit einer Rückkehr des Entwicklungsstaates verbunden ist. In Venezuela wird der „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ an der Radikalisierung des bolivarianischen Prozesses und der Sozialisierung der Rohstoffeinnahmen festgemacht. In Mexiko oder Chile wiederum konnten kaum Reformen des außenabhängigen Entwicklungsmodells und der neoliberalen Regulierung durchgesetzt werden.

Die Arbeitsgruppe versammelt theoretisch geleitete und empirisch fundierte Studien zu den gegenwärtigen Entwicklungsdiskursen und Wachstumsmodellen. Kommentierte Einzelfallstudien und kontroverse Doppelconférences sollen die politökonomischen Leitlinien der Entwicklungsmodelle verdeutlichen und differenzierte Einschätzungen ermöglichen.

30. Jahrestagung der Österreichischen Lateinamerika-Forschung

AK 2: Zwischen Buen Vivir und neuem Entwicklungsstaat in Lateinamerika: Entwicklungsstrategien für das 21. Jahrhundert

Programm

9.00 - 12.00 Uhr (Teil 1)

Vorträge

Karin Fischer

Entwicklungsmodelle in Lateinamerika: Historische Vorlagen, aktuelle Strategien

Lukas Schmidt

Widersprüchliches Venezuela – Erdölrente und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse im „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“

Bernhard Leubolt

Die Rückkehr des Entwicklungsstaates in Brasilien

Doppelconférence: Entwicklungsstrategien von der Peripherie ins Zentrum geholt

Rudy Weissenbacher

Strategien für eine alternative Entwicklung – Lateinamerikanischer Dependenzansatz und europäische Theoriebildung

Anna Dreier

Lateinamerikanische Konzepte und periphere Integration in Europa: das Beispiel Andalusien

Moderation: Karin Fischer

15.00 - 18.00 Uhr (Teil 2)

Stefan Pimmer

Das befremdliche Überleben des mexikanischen Neoliberalismus

Doppelconférence zu Bolivien: Konfliktpotential eines Entwicklungs-„Modells“

Martin Kitzler

Das plurale Wirtschaftsmodell Boliviens – zwischen Vivir Bien und Modernisierungsstrategien

Juliana Ströbele-Gregor

Die soziale und ökologische Dimension des nationalen Lithium-Programms in Bolivien

Doppelconférence zu Ecuador: Das „Gute Leben“ in Ecuador

Philipp Altmann

Buen Vivir und Sumak Kawsay – Indikatoren eines politischen Konzeptes in Ecuador

Maria Bertel

Eine „Weltbürgerschaft“ als Entwicklungsmodell – Rechtliche Aspekte der *ciudadanía universal* der Verfassung Ecuadors

Moderation: Bernhard Leubolt

30. Jahrestagung der Österreichischen Lateinamerika-Forschung

AK 2: Zwischen Buen Vivir und neuem Entwicklungsstaat in Lateinamerika: Entwicklungsstrategien für das 21. Jahrhundert

Entwicklungsmodelle in Lateinamerika: Historische Vorlagen, aktuelle Strategien Karin Fischer

In dem Beitrag werden die gegenwärtig in Lateinamerika anzutreffenden Entwicklungsstrategien charakterisiert und in einen historischen Kontext gesetzt. Bei der Analyse der unterschiedlichen Entwicklungsstrategien werden folgende Elemente herausgearbeitet: i) das politische Regime und Verteilungsbündnisse, ii) das zugrundeliegende wirtschaftspolitische Paradigma sowie iii) wesentliche Instrumente und Maßnahmen.

Ergebnis des Unterfangens ist eine „Entwicklungsmatrix“, die vergleichend die unterschiedlichen Entwicklungsmodelle darstellt. Auf dieser Basis werden die Entwicklungsmodelle dann theoriegeleitet gekennzeichnet. Zur Anwendung kommen hier erweiterte regulationstheoretische Kriterien.

Der Beitrag baut auf ein Lehrforschungsprojekt im Rahmen des Interdisziplinären Universitätslehrgangs für Höhere Lateinamerika-Studien im WS 2013/14 auf, bei dem die Studierenden mit theoretischen Grundlagen, den methodologischen Prinzipien einer theoriegeleiteten Forschung und konkreten sozialwissenschaftlichen Methoden vertraut gemacht wurden.

Karin Fischer

Leiterin der Abteilung Politik und Entwicklungsforschung des Instituts für Soziologie an der Johannes Kepler Universität Linz. Zahlreiche Forschungsaufenthalte in und Publikationen zu Lateinamerika in den Arbeitsfeldern Entwicklungstheorien, neoliberale Transformation sowie globale Güterketten und Ungleichheit.

Kontakt: Karin.Fischer@jku.at

30. Jahrestagung der Österreichischen Lateinamerika-Forschung

AK 2: Zwischen Buen Vivir und neuem Entwicklungsstaat in Lateinamerika: Entwicklungsstrategien für das 21. Jahrhundert

Widersprüchliches Venezuela – Erdölrente und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse im „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ Lukas Schmidt

Die Bolivarische Republik Venezuela gilt in der Auseinandersetzung um den neuen Entwicklungsstaat in Lateinamerika bzw. den Neo-Extraktivismus als Vorreiter des politischen „Linksrucks“ Ende der 1990er Jahre. Dieser ist mit einer starken politischen Polarisierung verbunden. In diesem Kontext wirft ein Blick auf die Welle an sozialen Unruhen, die Venezuela seit Anfang 2014 zunehmend in den Fokus westlicher Berichterstattung rücken, grundlegende Fragen nach den Widersprüchen des „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ auf.

Hohe Inflation, die Verknappung von Gütern des täglichen Bedarfs und eine seit Jahren hohe Kriminalitätsrate, stehen dabei enormen sozialen Fortschritten gegenüber, denn kaum ein anderes Land dieser Welt kam in den letzten Jahren den Vorgaben der UN-Millennium-Entwicklungsziele so nahe wie Venezuela.

Ziel des Vortrags wird es sein, anhand einer polit-ökonomischen Analyse, diese Entwicklungen kritisch einzuschätzen. Dabei werden die Vorteile eines regulationstheoretischen Forschungsprogramms ebenso vorgestellt wie potentielle Erweiterungen durch die Dependenz- und Rententheorie, die als wichtig angesehen werden, um die Widersprüche kapitalistischer Entwicklungen in (semi-)peripheren Räumen analytisch zu fassen. Mittels dieses theoretischen Rahmens wird es in der Folge möglich, sowohl die im „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ geschaffenen Möglichkeiten für emanzipatorisches Handeln der Lohnabhängigen, als auch persistente strukturelle Beschränkungen, auf unterschiedlichen Ebenen der aktuellen Entwicklung Venezuelas zu verstehen bzw. ihre wesentlichen Determinanten benennen zu können. Als zentral wird hier - vor dem Hintergrund der erwähnten Konflikte - eine Fokussierung auf die Verteilung der Erdölrenten angesehen, da diese die wesentliche Konfliktlinie im Kampf um gesellschaftliche Einflussnahme und Hegemonie bildet.

Lukas Schmidt

Der Vortragende studierte Internationale Entwicklung an der Universität Wien und ist derzeit als Lehrbeauftragter am Institut für Internationale Entwicklung, sowie an der Fachhochschule des bfi-Wien tätig. Sein Forschungsinteresse gilt der politischen Ökonomie natürlicher Ressourcen, mit der Schwerpunktregion Lateinamerika (insbesondere Venezuela).

Kontakt: lukas.schmidt@univie.ac.at

30. Jahrestagung der Österreichischen Lateinamerika-Forschung

AK 2: Zwischen Buen Vivir und neuem Entwicklungsstaat in Lateinamerika: Entwicklungsstrategien für das 21. Jahrhundert

Die Rückkehr des Entwicklungsstaates in Brasilien Bernhard Leubolt

Die jüngere Geschichte Brasiliens war ereignisreich: Während die 1980er Jahre von der der Rückkehr zur Demokratie und progressiver Aufbruchsstimmung geprägt waren, kam es in den 1990er Jahren zur Etablierung eines „Neoliberalismus mit sozialem Gesicht“. In den 2000er Jahren fand während der Präsidentschaft des ehemaligen Gewerkschaftsführers Luiz Inácio Lula da Silva ein Wandel zum Modell eines „sozialen Entwicklungsstaats“ statt, das von Präsidentin Dilma Rousseff fortgesetzt wird.

Der brasilianische *Neo-Desenvolvimentismo* setzt auf wirtschaftliches Wachstum durch Stärkung des Binnenmarktes. Neben Förderungen für die nationale Industrie ist die Stimulierung des Binnenmarktes zentraler Eckpfeiler der sozio-ökonomischen Entwicklungsstrategie. Die Regierungen seit 2003 setzten dazu auf ein ambitioniertes Programm von Armutsbekämpfung, um die bislang Marginalisierten in das Wirtschafts- und Gesellschaftssystem zu integrieren. Das sicherte einerseits die politische Basis für die (Wieder-)Wahl Lulas und Dilmas, andererseits führte der relative Statusverlust der traditionellen Mittelschichten auch zu politischen Spannungen.

Der Beitrag setzt sich mit diesen widersprüchlichen Entwicklungen auseinander. Das brasilianische Modell des *Neo-Desenvolvimentismo* wird in seinen Grundzügen dargestellt, um darauf aufbauend die zentralen politischen Programme und ihre Wirkung zu analysieren. Den Abschluss bildet ein Ausblick auf die aktuelle Situation, die von geringerer wirtschaftlicher Dynamik und stärkeren sozialen Konflikten geprägt ist.

Bernhard Leubolt

Entwicklungsforscher, Polit-Ökonom und Lateinamerikanist mit besonderem Fokus auf Brasilien. Er arbeitet als Assistent am Department Sozioökonomie an der Wirtschaftsuniversität Wien und ist Vorstandmitglied des Mattersburger Kreises für Entwicklungspolitik an den österreichischen Universitäten sowie Redaktionsmitglied des Journal für Entwicklungspolitik. Seine Forschungsschwerpunkte sind Stadt-, Regional- und internationale Entwicklung, Ungleichheits-, Armuts- und Wohlfahrtsstaatsforschung sowie kritische Staatstheorie.

Kontakt: bernhard.leubolt@wu.ac.at

30. Jahrestagung der Österreichischen Lateinamerika-Forschung

AK 2: Zwischen Buen Vivir und neuem Entwicklungsstaat in Lateinamerika: Entwicklungsstrategien für das 21. Jahrhundert

Strategien für eine alternative Entwicklung – Lateinamerikanischer Dependenzansatz und europäische Theoriebildung Rudy Weissenbacher

Die Konvergenzeuphorie in Wissenschaft und praxisnaher Forschung hatte die strukturellen Schwierigkeiten und Ungleichgewichte innerhalb der EU lange übertüncht. Die derzeitige Krise macht diese Ungleichheiten wieder unbarmherzig sichtbar. In den 1970er und 1980er Jahren gab es einige Forschungsnetzwerke in Europa, die den lateinamerikanischen Dependenzansatz auf Europa anwandten. Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie waren nämlich nicht nur global oder am lateinamerikanischen Kontinent, sondern auch innerhalb Europas deutlich ausgeprägt.

Die Konzepte von alternativer regionaler Entwicklung, die basierend auf lateinamerikanischen Abhängigkeitsanalysen ausgearbeitet worden waren, wurden zwar von der Konvergenzeuphorie an den Rand gedrängt, scheinen aber heute, in einer Phase, in der viele Regionen von Sparprogrammen erdrückt werden, nach wie vor aktuell für eine Diskussion um Entwicklungsstrategien. In Abkehr eines als gescheitert betrachteten Entwicklungsmodells „von oben“ („top-down“) wurden Alternativen „von unten“ („bottom-up“) vorgeschlagen, die sich stärker auf endogene Stärken beziehen, soweit wie möglich negativen externen Einfluss reduzieren („selective self-reliance“) und womöglich zu einem gemeinsamen Handeln mit anderen peripheren Regionen („collective self-reliance“) kommen sollten.

Der Beitrag stellt die von Dependenztheoretikern formulierten Ansätze und Strategien vor, verknüpft sie mit der kritischen Theoriebildung in Europa und diskutiert deren Relevanz für alternative Entwicklungswege in Europa und darüber hinaus.

Rudy Weissenbacher

Historischer Sozialwissenschaftler und Politökonom am Institut für Außenwirtschaft und Entwicklung der Wirtschaftsuniversität Wien. Forschung und zahlreiche Veröffentlichungen zu Finanzialisierung, Europäische Integration und ungleiche Entwicklung in Europa und darüber hinaus, u.a. Schwerpunktredakteur des Journal für Entwicklungspolitik 2008/4 „Uneven Global Development. Origins and current developments“.

Kontakt: rweissen@wu.ac.at

30. Jahrestagung der Österreichischen Lateinamerika-Forschung

AK 2: Zwischen Buen Vivir und neuem Entwicklungsstaat in Lateinamerika: Entwicklungsstrategien für das 21. Jahrhundert

Lateinamerikanische Konzepte und periphere Integration in Europa: das Beispiel Andalusien

Anna Dreier

Die zunehmenden regionalen Entwicklungsdivergenzen innerhalb Europas erfuhren gerade im Zuge der jüngsten Krise des kapitalistischen Weltsystems von 2008 verstärkt Beachtung. Die südspanische Region Andalusien zählt nicht nur aufgrund ihrer geographischen Lage zur europäischen Peripherie. Historisch weit zurück reichende Wurzeln, sowie der über Jahrzehnte dauernde Integrationsprozess der Region in den Weltmarkt bzw. in die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion führten zu einer ungleichen Einbindung der Region in das bestehende hierarchische Wirtschaftsgefüge. Während Länder wie Deutschland oder Österreich durchschnittlich von dem bestehenden Wirtschaftssystem profitierten, führten die Integrationsprozesse Spanien und insbesondere die spanische Region Andalusien in eine zunehmende wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeit. Die regionale Wirtschaft wurde verstärkt nach den Interessen des europäischen Zentrums ausgerichtet. Ein deutlicher Rückgang der Diversität der regionalen Wirtschaft lässt sich dabei erkennen. Traditionelle auf neoliberalen bzw. keynesianischen Vorstellungen basierende regionalpolitische Entwicklungsprogramme zeitigten nur sehr begrenzte Erfolge, vielmehr führten diese zu einer Reproduktion der bestehenden Verhältnisse bzw. verstärkten die Abhängigkeitsbeziehungen der Region gegenüber dem europäischen Zentrum.

Der Region kam die Rolle des Rohstoff- und Arbeitskräftelieferanten zu. Und: Während Andalusien über lange Zeit als Garten Spaniens bezeichnet wurde, könnte man als Resultat all dieser Integrationsprozesse von einem „Aufstieg“ zum Garten Europas sprechen. Im Rahmen der Krise stellen sich nun vermehrt Fragen nach alternativen Entwicklungswegen. Die Grenzen der bislang durchgeführten Programme zur nachholenden Entwicklung zeigen sich am Beispiel Andalusiens nur zu deutlich.

Die Diskussion knüpft an die Theoriebildung an, die schon in den 1970er und 1980er Jahren versucht hat, lateinamerikanische Konzepte (Dependenzansatz) auf die europäische Situation zu übertragen (vgl. auch den Beitrag von Rudy Weissenbacher).

Anna Luisa Dreier

Studierte Betriebswirtschaftslehre an der Wirtschaftsuniversität Wien und Internationale Entwicklung an der Universität Wien. Im Rahmen ihrer Diplomarbeit hat sie sich mit der ungleichen regionalen Entwicklung innerhalb Europas beschäftigt. Anlehnend an die Erkenntnisse der Dependenztheorie hat sie eine polit-ökonomische und historische Analyse der südspanischen Region Andalusien vorgenommen.

Kontakt: annaluisa3er@yahoo.com

30. Jahrestagung der Österreichischen Lateinamerika-Forschung

AK 2: Zwischen Buen Vivir und neuem Entwicklungsstaat in Lateinamerika: Entwicklungsstrategien für das 21. Jahrhundert

Das befremdliche Überleben des mexikanischen Neoliberalismus Stefan Pimmer

Im Unterschied zu Europa blieb Lateinamerika von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise ab 2008 relativ unberührt. Während dieseits des Atlantik gleich fünf Länder umfassende Hilfspakete in Anspruch nehmen mussten, waren in Lateinamerika weder drastische Einbrüche des Wirtschaftswachstums noch Probleme im Bereich der Staatshaushalte und Wechselkurse zu verzeichnen.

Von diesem abgeschwächten Krisenverlauf ausgenommen ist jedoch Mexiko. Aufgrund des außenabhängigen Entwicklungsmodells schlug sich die US-amerikanische Krise gleich in mehrfacher Hinsicht auf die mexikanische Wirtschaft durch. Der Rückgang der Direktinvestitionen, der *remesas* und des Tourismus sowie der sinkenden Nachfrage nach mexikanischen Produkten in den USA führten im Jahr 2009 zu einem Einbruch des BIP um 6,1 Prozent. Diese Entwicklung ist das Resultat einer neoliberalen Wirtschaftspolitik, die seit mehr als drei Jahrzehnten den Finanzsektor sowie industrielle Exportexklaven begünstigt und die Produktion für den Binnenmarkt vernachlässigt.

Während in anderen Ländern Lateinamerikas also die Abkehr von den neoliberalen Paradigmen die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise abschwächen konnte, führte die Fortsetzung des Neoliberalismus in Mexiko zu einer Verstärkung der Krisenprozesse. Vor diesem Hintergrund verwundert es, dass die PRI trotz ihrer neoliberalen Programmatik aus den Präsidentschaftswahlen von 2012 siegreich hervorging und die Privatisierungs- und Liberalisierungspolitik ihrer Vorgängerregierungen fortsetzt. Trotz zahlreicher Proteste ist es beispielsweise gelungen, den mexikanischen Erdölsektor für ausländische Investoren zu öffnen und mit der pazifischen Allianz das Land noch stärker an die USA zu binden.

Dieses Paradoxon eines verstärkten Neoliberalismus inmitten der von ihm selbst herbeigeführten Krise trifft somit nicht nur auf den europäischen Kontext zu, sondern muss auch für Mexiko konstatiert werden. Ziel des Vortrags ist es, einige Hypothesen zu präsentieren, die dieses "befremdliche Überleben" (Colin Crouch) des mexikanischen Neoliberalismus erklären könnten. Nach einer kurzen Skizze der wirtschaftspolitischen Entwicklung der letzten fünf Jahre wird vor allem auf neue Formen autoritärer Staatlichkeit sowie der spezifischen Wirtschaftsstruktur des Landes eingegangen.

Stefan Pimmer

Wissenschaftlicher Mitarbeiter (Pre-doc) an der Abteilung Politik und Entwicklungsforschung des Instituts für Soziologie an der Johannes Kepler Universität Linz. Arbeitet zu Entwicklungs- und Staatstheorien sowie zu Militarisierungsprozessen in Mexiko. Redakteur des Journal für Entwicklungspolitik.

Kontakt: stefan.pimmer@jku.at

30. Jahrestagung der Österreichischen Lateinamerika-Forschung

AK 2: Zwischen Buen Vivir und neuem Entwicklungsstaat in Lateinamerika: Entwicklungsstrategien für das 21. Jahrhundert

Das plurale Wirtschaftsmodell Boliviens – zwischen Vivir Bien und Modernisierungsstrategien

Martin Kitzler

Ausgangspunkt der Analyse ist das Konzept der pluralen Ökonomie als Teil der neuen bolivianischen Verfassung. Dieses Konzept versteht sich als ein Wegweiser hin zu einer „sozialen und gemeinschaftlichen Wirtschaftsweise“, die die Probleme der Ungleichheit und Armut kapitalistischer Gesellschaftsformen überwinden soll. Als Kritik an linearen Entwicklungsmodellen folgt dieses Modell der Kosmvision des Vivir Bien. Dabei werden der Gemeinschaftscharakter und das Miteinander hervorgehoben. Entwicklung muss im Verhältnis Gesellschaft – Politik – Wirtschaft – Natur – Kultur verstanden werden. Um dieses Verhältnis herzustellen, liegt ein wesentlicher Aspekt in der Forderung nach einer lokal eingebetteten partizipativen Demokratie, die selber in Beziehung zum Territorium steht. Dadurch wird nicht nur die soziale Dimension der Entwicklung in das Zentrum der Auseinandersetzung gerückt, sondern durch den Bezug zum Territorium wird auch die ökologische Perspektive als Schranke und Potential für Entwicklung hervorgehoben.

Der Vortrag konzentriert sich dabei auf die Analyse der umgesetzten Wirtschaftspolitiken, den damit einhergehende Verschiebung der Machtverhältnisse und deren Fähigkeit eine spezifische Entwicklungsweise durchzusetzen. Ausgehend von den Nationalen Entwicklungsplänen sollen die umgesetzten Strategien und Entwicklungstendenzen aufgezeigt werden, welche Maßnahmen und Initiativen der Staat ergreift aber auch welche unterschiedlichen Interessen sich hinsichtlich der Entwicklungsweise durchsetzen. Dabei treffen die beiden gegensätzlichen Visionen der rohstoffinduzierten Modernisierung und des Vivir Bien aufeinander und ringen um die Durchsetzung der jeweiligen Strategien. Ziel dabei ist es, ein neues Machtverhältnis zu identifizieren, das ein Modell der Modernisierung anstrebt, anstatt auf indigene Forderungen nach einer alternativen Form der nachhaltigen Entwicklung einzugehen.

Martin Kitzler

Studierte Internationale Entwicklung mit den Schwerpunkten Entwicklungsmodelle und politische Ökonomie, Migration und Asyl. Der Vortrag gründet auf der Diplomarbeit „Plurale Ökonomie und kapitalistische Inkorporation? Widersprüche im pluralen Ökonomiemodell und Mechanismen kapitalistischer Expansion in Bolivien seit der politischen Transformation 2006“.

Kontakt: a0625939@unet.univie.ac.at

30. Jahrestagung der Österreichischen Lateinamerika-Forschung

AK 2: Zwischen Buen Vivir und neuem Entwicklungsstaat in Lateinamerika: Entwicklungsstrategien für das 21. Jahrhundert

Konfliktpotential eines Entwicklungs „modells“:

Die soziale und ökologische Dimension des nationalen Lithium-Programms in Bolivien Juliana Ströbele-Gregor

Als Alternative zu fossilen Rohstoffen bauen neue Technologien wie Elektroautos, Notebooks und Mobiltelefone auf Lithium-Ionen-Akkus. Entsprechend steigt die Nachfrage nach Lithium auf dem globalen Markt rasant an. Schätzungen zufolge verfügt Bolivien über die weltweit größten Vorkommen des für diese Batterien benötigten Rohstoffs Lithium. Der Abbau und die Weiterverarbeitung von Lithium sollen Bolivien aus den Armut- und Abhängigkeitsstrukturen herausführen.

Der Vortrag basiert auf meinen Studien von 2012 und 2014 und analysiert das staatliche Lithium-Programm der Regierung Morales vor dem Hintergrund des Verfassungsgrundsatzes des "vivir bien" und weitreichender Partizipationsrechte. Untersucht werden die Potentiale sowie die Umweltrisiken, die vor allem die lokale indigene Bevölkerung betreffen. Aufgezeigt werden spezifische potentielle Konfliktszenarien und die Dimensionen sozialer Ungleichheiten, die mit der Weiterverarbeitung des Lithiums am Salar de Uyuni im Departement Potosí verbunden sind.

Juliana Ströbele-Gregor

Altamerikanistin, Kultur- und Sozialanthropologin und Pädagogin, Dozentin am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin und Lehrtätigkeit an verschiedenen Universitäten. Derzeit Fellow beim Forschungsverbund „desiguALdades.net“ am LAI der FU Berlin zum Thema Globale Wertschöpfungsketten und das bolivianische Lithium-Programm. Arbeitsschwerpunkte: Rechtspluralismus und Organisation indigener Völker, Interkulturalität, Geschlechterverhältnis und soziopolitische Situation indigener Frauen; Menschenrechte-Bürgerschaft, Religiöse Bewegungen. Zahlreiche Veröffentlichungen zu diesen Themen.

Kontakt: jstroebelegregor@gmx.net

30. Jahrestagung der Österreichischen Lateinamerika-Forschung

AK 2: Zwischen Buen Vivir und neuem Entwicklungsstaat in Lateinamerika: Entwicklungsstrategien für das 21. Jahrhundert

Das Gute Leben zwischen *Buen Vivir* und *Sumak Kawsay* – Indikatoren eines politischen Konzepts in Ecuador Philipp Altmann

Sumak Kawsay, *Buen Vivir* oder das Gute Leben hat seit seiner Aufnahme als leitendes Prinzip des Staates in die ecuadorianische Verfassung von 2008 und als *Suma Qamaña* in die bolivianische von 2009 viel Aufmerksamkeit erfahren. In diesem Zusammenhang wurde es als eine Alternative zu den kapitalistischen Auffassungen von Entwicklung als Wachstum verstanden. So hat es eine Rolle als halb-utopische Alternative innerhalb des Diskurses einer ökologischen Linken angenommen, die sich mehr dafür interessiert, Verbindungen und Traditionen dieses Begriffes zu suchen, um ihn verbreiten zu können, als eine konkrete Beschreibung des Guten Lebens zu versuchen. Dennoch besitzt das Gute Leben, sowohl in der Definition der ecuadorianischen Indigenenbewegung – der Akteur, der diesen Begriff in Ecuador eingeführt hat –, als auch in der der Regierung dieses Landes, eine Reihe von mehr oder weniger konkreten Indikatoren, die einen Eindruck erlauben können, wie der Aufbau einer Gesellschaft oder eines Staates des Guten Lebens funktionieren könnte.

Dieser Vortrag versucht auf Grundlage einer Diskursanalyse der Veröffentlichungen über das *Sumak Kawsay* mögliche Indikatoren dieses Konzeptes in der Definition der Indigenenbewegung und der ecuadorianischen Regierung zu konkretisieren. Der Vergleich zwischen den verschiedenen Interpretationen des Guten Lebens über bestimmte Indikatoren kann es erlauben, nicht nur die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Gruppen, die das Gute Leben verteidigen, zu verstehen, sondern kann auch der erste Schritt für eine begriffliche Grundlage einer Definition des Guten Lebens sein, die der praktischen Umsetzung genügt.

Philipp Altmann

Studium der Soziologie, Spanischen Philologie und Ethnologie an der Universität Trier und Universidad Autónoma de Madrid. Hat im April 2013 seine Promotion über den Diskurs der ecuadorianischen Indigenenbewegung an der FU Berlin beendet, die als „Die Indigenenbewegung in Ecuador. Diskurs und Dekolonialität“ bei transcript erschienen ist.

Kontakt: PhilippAltmann@gmx.de

30. Jahrestagung der Österreichischen Lateinamerika-Forschung

AK 2: Zwischen Buen Vivir und neuem Entwicklungsstaat in Lateinamerika: Entwicklungsstrategien für das 21. Jahrhundert

Eine „Weltbürgerschaft“ als Entwicklungsmodell – Rechtliche Aspekte der *ciudadanía universal* der Verfassung Ecuadors Maria Bertel

Mittels der (Staats-)Bürgerschaft wird üblicherweise die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Territorium und einer bestimmten Gruppe (Bundesland, Staat, etc) ausgedrückt. An das Vorliegen einer solchen Bürgerschaft werden zumeist Rechte und Pflichten geknüpft. Bürger genießen im Gegensatz zu Nichtbürgern regelmäßig eine privilegierte Position, was sich zB an bestimmten Grundrechten (insbesondere bei der politischen Mitbestimmung) zeigt. Immer häufiger wird die Staatsbürgerschaft als rechtliches Konzept durch andere Zugehörigkeiten (wie zB für den europäischen Raum der Unionsbürgerschaft) ergänzt und teilweise überlagert.

Dieser Trend kann auch in Lateinamerika beobachtet werden: So ist zB im Rahmen der Mercosur eine *Ciudadanía Mercosur* vorgesehen und die *Ciudadanía Andina* der Andengemeinschaft bewährt sich schon längere Zeit hindurch.

Die Verfassung Ecuadors steht insofern hervor, als dass sie nicht nur zum Ziel hat, die Herausbildung einer lateinamerikanischen und karibischen Bürgerschaft zu fördern (Art 423 Z 5 Verfassung Ecuador), sondern das Prinzip einer universellen Bürgerschaft als ein Prinzip im Rahmen der internationalen Beziehungen Ecuadors verfiicht (Art 416 Z 6 Verfassung Ecuador). Dabei geht es einerseits um die Personenfreizügigkeit aller Erdbewohner und um das Ende der Eigenschaft, fremd zu sein; andererseits soll die Weltbürgerschaft als transformierendes Element der ungleichen Beziehungen der Staaten des globalen Nordens mit den Staaten des globalen Südens dienen.

In meinem Vortrag soll nicht nur Art 416 der Verfassung Ecuadors, in den die Weltbürgerschaft eingebettet ist, erläutert werden, sondern es soll der Versuch unternommen werden, das Gesamtkonzept der ecuadorianischen Verfassung im Hinblick auf das Verhältnis von Staatsbürgerschaft, lateinamerikanischer Bürgerschaft und Weltbürgerschaft sowie das Verhältnis zu den relevanten Bestimmungen im Bereich Mobilität und Asyl darzustellen und insbesondere die Positionierung der Weltbürgerschaft als Teil eines Entwicklungsmodell zu beleuchten. Dazu werden neben den Bestimmungen der Verfassung auch einfachgesetzliche Bestimmungen sowie der *Plan Nacional para el Buen Vivir* einfließen.

Maria Bertel

Univ.-Ass. am Institut für Öffentliches Recht, Staats- und Verwaltungslehre der Universität Innsbruck. Sie absolvierte an der Universität Innsbruck sowie an der Université de Bourgogne, Dijon, und der Universidad San Christobal de Huamanga, Ayacucho, das Diplom- und Doktoratsstudium der Rechtswissenschaften und promovierte zum Thema „Multi-Level Governance in Südamerika. Das Dezentralisationsmodell der peruanischen Verfassung“.

Kontakt: maria.bertel@uibk.ac.at